

Freiheit - Ungleichheit - Brüderlichkeit? Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in den OECD-Ländern

Payk, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Payk, B. (2012). Freiheit - Ungleichheit - Brüderlichkeit? Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in den OECD-Ländern. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 6, 3-10. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-405616>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Freiheit – Ungleichheit – Brüderlichkeit?

Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in den OECD-Ländern



Bernhard Payk

Ausgelöst durch die internationale Finanz- und Schuldenkrise gerät die Verteilung des Wohlstands stärker in das öffentliche Bewusstsein. Nicht nur in den Euro-Krisenländern Griechenland und Spanien gehen die Menschen zunehmend auf die Straße, weil sie die Verteilung von Vermögen und Einkommen in ihren Gesellschaften als ungerecht empfinden. In den USA ist 2011 die „Occupy Wall Street“-Bewegung entstanden, die schnell in vielen Ländern Nachahmer fand. Große Demonstrationen sind auch in Israel zu beobachten. In Frankreich wurde mit François Hollande ein Präsident gewählt, der dieses Thema in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes stellte. In Deutschland hingegen sind die Proteste verhältnismäßig schwach. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fasst der folgende Aufsatz aktuelle empirische Befunde zur Entwicklung der Ungleichheit zusammen. Er geht des Weiteren den Fragen nach, welche Ursachen Einkommensdisparitäten haben und welche Möglichkeiten es gibt, ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich zu begrenzen. Im Mittelpunkt steht eine aktuelle OECD-Analyse, die zeigt, dass im OECD-Raum seit über 2 Jahrzehnten die Ungleichheit der Einkommensverteilung wächst. Die in Deutschland gemessene Zunahme an Ungleichheit geht vor allem auf stark steigende Spitzeninkommen von Selbstständigen und zu einem kleineren Teil auf eine zunehmende Zahl der Haushalte mit sehr niedrigen Einkommen zurück. Insgesamt gesehen ist die Ungleichheit in Deutschland deutlich schwächer ausgeprägt als beispielsweise in den USA und in Israel.

Grundlage der Vergleichsdarstellung der OECD-Entwicklungen ist der im Dezember 2011 von der OECD veröffentlichte Bericht „Divided We Stand“¹. Die dort präsentierten Ergebnisse stammen aus unterschiedlichen Quellen. Für einige Länder aus dem „EU Survey of Income and Living Conditions“ (EU-SILC)², für Deutschland aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) sowie aus weiteren Befragungen und Statistiken der untersuchten Länder.³ Die Ergebnisse für Deutschland werden durch länderspezifische Studien vertieft, hauptsächlich aus dem zweiten Band der „Berichterstattung zur Sozioökono-

mischen Entwicklung in Deutschland“⁴ und dem etwas älteren 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.⁵

Wie groß sind die Einkommensunterschiede in den OECD-Ländern?

Für die Berechnung der Ungleichheit gibt es unterschiedliche Ansatzpunkte und Methoden. Diese werden in einem weiteren Aufsatz in diesem Heft erläutert.⁶

Die im Rahmen der OECD-Studie „Divided We Stand“ für 2008 errechneten Gini-Koeffizienten des Nettoäquivalenzeinkommens⁷ bezogen auf die Gesamtbevölkerung (*Schaubild 1*) lagen zwischen 0,24 (Slowenien) und 0,49 (Chile). Die höchsten Gini-Koeffizienten und damit die höchste Ungleichheit, mit Werten über 0,37 haben außer Chile noch Mexiko, die Türkei, die Vereinigten Staaten und Israel. Deutschland liegt mit 0,30 geringfügig unter dem OECD-Durchschnitt der 34 untersuchten Länder (0,31). Da die Gini-Koeffizienten je nach Datengrundlage und Berechnungsmethode unterschiedlich ausfallen und zum Teil auch über die Zeit deutlich schwanken, wurden in das *Schaubild 1* noch Gini-Werte der EU-SILC aufgenommen, aus denen die Validität der Ergebnisse beurteilt werden kann. Die Ergebnisse zwischen OECD- und EU-Berechnung weichen für einzelne Länder deutlich voneinander ab.⁸ Offensichtlich ist jedoch, dass es auf der einen Seite Länder mit geringen Einkommensdisparitäten gibt. Dazu gehören neben den skandinavischen Ländern auch Slowenien, Dänemark, Belgien, die Slowakische Republik und Tschechien. Deutschland befindet sich bei beiden Maßen ungefähr im Mittelfeld. Auf der anderen Seite gibt es Länder mit sehr großer Einkommensungleichheit. Diese liegen bis auf Portugal und die Türkei alle außerhalb Europas (Israel, USA, Mexiko und Spitzenreiter Chile).

Die Unterschiede in den hier präsentierten Gini-Koeffizienten zeigen, dass internationale Vergleiche auch mit diesem Maß nicht unproblematisch sind. Unterschiedliche Datenquellen, Bezugsgrößen und Berechnungsmethoden beeinflussen die Ergebnisse. Noch schwieriger

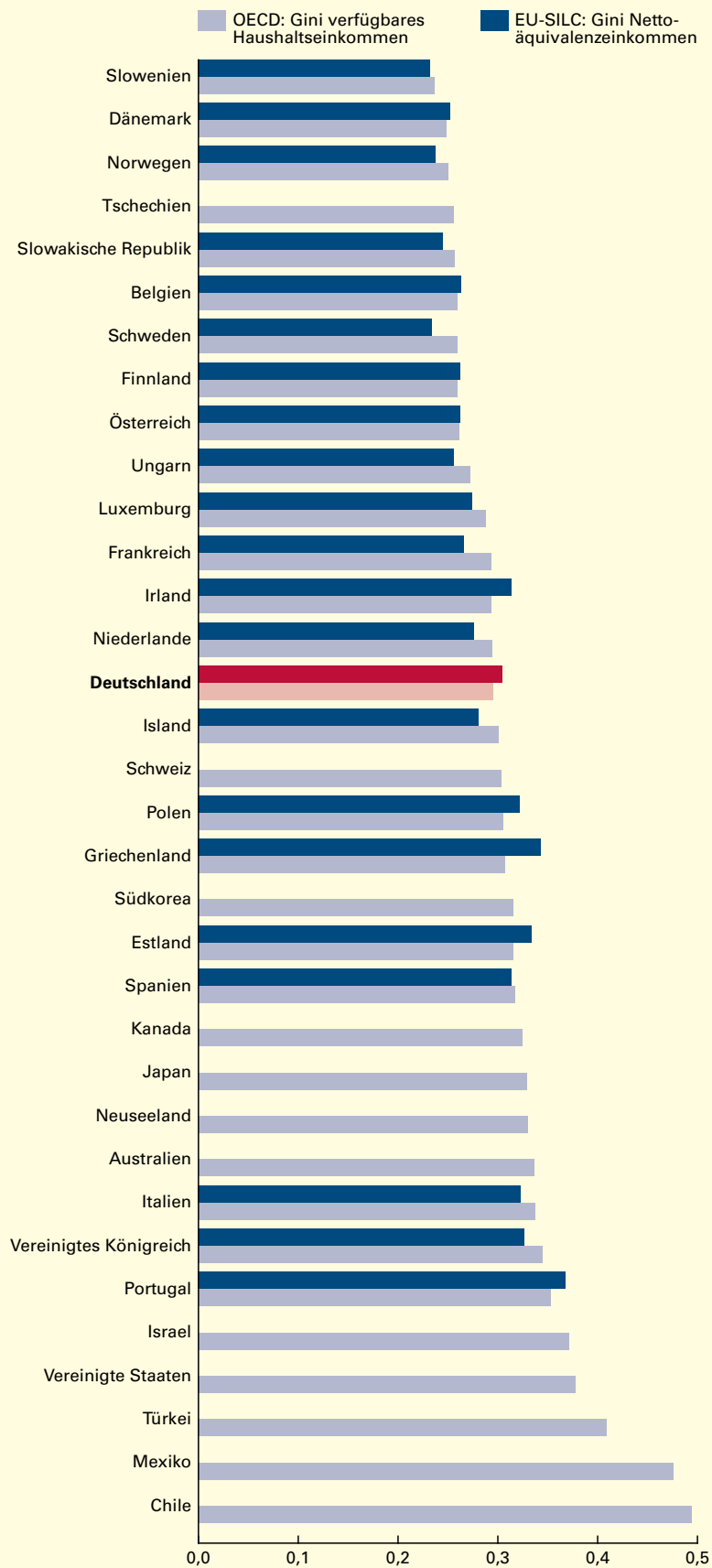


Dr. Bernhard Payk M. A. ist Referent im Referat „Landesinformationssystem, Regionalstatistik, Zentrale Informationsdienste und Internetangebot“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

- 1 OECD 2011: Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising, OECD Publishing, online unter <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en> (Stand: 10. Mai 2012).
- 2 Deren Ergebnisse in Deutschland unter dem Titel „Leben in Europa“ veröffentlicht werden, vgl. DESTATIS 2011: Fachserie 15, Reihe 3, Leben in Europa 2009, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/The_matisch/Einkommen_KonsumLebensbedingungen/LebeninEuropa/EinkommenLebensbedingungen2150300097004.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 10. Mai 2012). Da die Befunde dort weniger differenziert sind und sich die Aussagen nicht widersprechen, wird in diesem Aufsatz weitgehend auf eine getrennte Nachweisung von Einzelergebnissen aus dieser Erhebung verzichtet.
- 3 Vgl: <http://www.oecd.org/dataoecd/52/30/49147697.pdf> (Stand: 10. Mai 2012).
- 4 Forschungsverbund sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.) 2012: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Teilhabe im Umbruch; zweiter Bericht, VS-Verlag, online: <http://d-nb.info/991751655> (Stand: 10. Mai 2012).

S1

Gini-Koeffizienten der Nettoäquivalenzeinkommen in den OECD-Ländern nach OECD- und EU-Berechnung 2008



Datenquellen: Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising – © OECD 2011, Eurostat: EU-SILC 2008.

sind Zeitvergleiche, da zusätzlich noch Brüche in den Zeitreihen hinzukommen und häufig nicht für dieselben Jahre Daten vorliegen. Auch wenn für einzelne Länder die Zeitvergleiche unterschiedlich ausfallen, je nachdem welche Datenquellen und Bezugsjahre herangezogen werden, ist doch ein Befund unstrittig: Die Ungleichheit der Einkommensverteilung nimmt im Durchschnitt der untersuchten OECD-Staaten zu.⁹

Für Deutschland zeigt sich eine überdurchschnittliche Zunahme des Gini-Koeffizienten, die dazu führte, dass Deutschland sich – bezogen auf die Haushaltseinkommen – im Vergleich der OECD-Länder von einer „relativ gleichen“ zu einer nur noch „durchschnittlich gleichen“ Gesellschaft entwickelte.¹⁰

Ein gewisser Zusammenhang zwischen empirisch gemessener Ungleichheit und ihrer öffentlichen Wahrnehmung ist gegeben. Allerdings gibt es viele weitere Faktoren, die hier eine Rolle spielen, zum Beispiel ob Einkommensdisparitäten zu oder abnehmen (in Chile, Mexiko und der Türkei waren die Koeffizienten im letzten Jahrzehnt rückläufig¹¹). Wichtiger ist noch die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Solange – wie in Deutschland – der Wohlstand in breiten Schichten der Bevölkerung wächst, werden Verteilungskämpfe weniger hart ausgetragen, wie wenn Einkommensverluste drohen (Spanien, Griechenland). Auch kulturelle Unterschiede beeinflussen die Wahrnehmung der Ungleichheit.

Warum sind die Einkommen immer ungleicher verteilt?

Die Konstatierung zunehmender Ungleichheit ist ein erster Schritt. Deutlich anspruchsvoller ist es, die Ursachen dieser Entwicklung zu identifizieren. Dies ist jedoch notwendig, da ohne Kenntnis der Ursachen auch keine Handlungsempfehlungen entwickelt werden können. Zunächst wird der Einfluss der im Konzept der OECD-Analyse als unabhängige angenommenen Faktoren Globalisierung, technologischer Wandel und wirtschaftspolitische Reformen auf die Einkommensverteilung betrachtet.¹²

Häufig wird die Globalisierung als Ursache für die Veränderung der Einkommensverteilung angesehen. Die Befunde zu diesem Thema sind allerdings widersprüchlich, je nachdem welche Dimension der Globalisierung analysiert wird. Betrachtet man die Mobilität von Kapital bzw. von Gütern und Dienstleistungen¹³, ergibt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Lohnparitäten und diesen Globalisierungs-

Indikatoren. Nur für den einen Indikator „Direktinvestitionen im Ausland“ konnte ein Effekt nachgewiesen werden. Hohe Investitionen im Ausland führen im Inland nachweisbar zu höherer Einkommensungleichheit, durch höhere Einkommen in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung, nicht jedoch durch sinkende Löhne im Bereich der Produktion. Insgesamt, so legen auch andere Studien nahe, ist der messbare Effekt der Globalisierung auf die Verteilung der Einkommen aber gering.¹⁴

Der Technologische Wandel wird in „Divided We Stand“ als Anteil der Ausgaben in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt operationalisiert.¹⁵ So gemessen erhöht technologischer Wandel auch die Ungleichheit, jedoch über die ganze Einkommensbreite. Allerdings geschieht dies auch hier hauptsächlich durch steigende Einkommen im oberen Bereich.

Wirtschaftspolitische Reformen haben ebenfalls einen Einfluss auf die in den untersuchten Ländern gemessene Einkommensdisparität. Alle Länder reduzierten zwischen 1980 und 2008 Wettbewerbshemmnisse, viele reduzierten Schutzrechte der Arbeitnehmer. In einigen Ländern sind die Mindestlöhne¹⁶ im Vergleich zu den Durchschnittslöhnen sowie die Steuern gesunken. Es gibt einige empirische Hinweise darauf, dass diese Reformen positiven Einfluss auf die Nachfrage nach Arbeitskräften bzw. die Reduzierung der Arbeitslosigkeit hatten. Sie führten jedoch gleichzeitig zu mehr Ungleichheit, da die Anzahl niedrig bezahlter Arbeitsplätze zunahm, und die Hochqualifizierten von der höheren Dynamik der Wirtschaft stärker profitierten.

Die Analysen der OECD bestätigten insbesondere folgende auslösende Faktoren für höhere Lohnungleichheit:

- Deregulierung der Gütermärkte, mit dem Effekt sinkender Löhne im unteren und deutlich steigender Löhne im oberen Einkommensbereich,
- sinkende Steuerbelastung, insbesondere bei hohen Einkommen,
- sinkende Lohnersatzleistungen und
- Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, vor allem bei befristet Beschäftigten.¹⁷

Als entscheidender Faktor erweist sich in den multivariaten Analysen jedoch das Bildungsniveau. Ein steigender Anteil qualifizierter Beschäftigter schwächt die von technologischem Wandel und politischen Reformen ausgelöste

Zunahme der Ungleichheit deutlich ab. Die OECD plädiert darum als wichtigste politische Maßnahme zur Reduzierung der Ungleichheit für Investitionen in Bildung.¹⁸

Welche Wirkungen haben zunehmende Teilzeitarbeit und Selbstständigkeit?

Tariflöhne bzw. Löhne von abhängig Beschäftigten in Vollzeit sind verhältnismäßig gleichmäßig verteilt. Der Gini-Koeffizient der Bruttoeinkommen von abhängig Vollzeitbeschäftigten in Deutschland liegt bei lediglich 0,27. Werden darüber hinaus noch Teilzeitbeschäftigte sowie Selbstständige berücksichtigt, steigt er auf 0,40. Im Mittelwert der untersuchten Länder ist der Anstieg von 0,31 auf 0,38 deutlich weniger ausgeprägt.¹⁹

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist auf Basis des SOEP für die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer sogar einen Gini-Koeffizienten von 0,45 aus. Dies wird auf die zunehmende Teilzeitarbeit vor allem von Frauen zurückgeführt, die häufig im Niedriglohnbereich (weniger als zwei Drittel des Medians der Bruttolöhne) arbeiten. Der Anteil der Beschäftigten mit niedrigen Löhnen ist demnach in Deutschland seit Anfang der 1990er-Jahre von rund 25 % auf 36 % gestiegen.²⁰

Zunehmende Ungleichheit durch Teilzeitarbeit auf Ebene der individuellen Einkommen, kann sich bei Betrachtung ganzer Haushalte ungleichheitsreduzierend auswirken, wenn der Hinzuverdienst die Einkommenssituation armer Haushalte verbessert. Daher stellt sich nun die Frage, wie sich diese auf individuellen Einkommen beruhenden Effekte verändern, wenn stattdessen die Bruttoeinkünfte der Haushalte betrachtet werden.

Wie wirken sich strukturelle Veränderungen in den Haushalten aus?

Die Ungleichheit der Haushaltsbruttoeinkommen ist etwas geringer als die der Individualeinkommen. Die Disparität nimmt im Zeitverlauf allerdings auch bei den Haushaltseinkünften deutlich zu. In Deutschland ist die mit dem Gini-Koeffizienten gemessene Disparität binnen 20 Jahren von 0,30 auf 0,35 gestiegen. Das Einkommensverhältnis der obersten 10 % der Haushalte zu den untersten 10 % hat sich von 3,7 auf 6,7 fast verdoppelt.²¹

Den wichtigsten Erklärungsfaktor stellt dabei die Einkommensdisparität bei den Männern dar. Die Einkommen der Männer in Deutsch-

5 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland, <http://www.bmas.de/>

6 Vgl. in diesem Heft Payk, Bernhard, Konzepte zur Messung von Einkommensungleichheit, S. 31ff.

7 Der Gini-Koeffizient misst hier die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Er nimmt Werte von 0 bis 1 an. Je höher der Gini-Koeffizient ausfällt, desto größer ist die Ungleichheit der Verteilung. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist die Summe der Haushalts(markt-)einkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben, zuzüglich monetärer Sozialtransfers, korrigiert um die Haushaltsgröße.

8 Besonders die Euro-Krisenländer Irland, Griechenland und Portugal haben nach EU-Berechnung eine höhere Einkommensungleichheit.

9 Vgl. Divided We Stand, S. 17, 24f, 45 und 226ff. Seit 2000 ist die Entwicklung auch anhand von EU-Daten nachweisbar: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=de&pcode=tessi190> (Stand: 10. Mai 2012).

10 Für Zeitvergleiche eignet sich in Deutschland besonders das Sozioökonomische Panel (SOEP), da es bereits seit 1984 jährlich erhoben wird. Zur Gini-Entwicklung nach SOEP vergleiche: <http://www.fes.de/wiso/pdf/verbraucher/2008/190608/grabka.pdf>, S. 7, sowie Lebenslagen in Deutschland, S. 55.

11 SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekte/a333-dritter-armuts-und-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 10. Mai 2012).

12 Vgl. in diesem Heft Payk, Bernhard, Konzepte zur Messung von Einkommensungleichheit, Schaubild 1.

13 Jeweils definiert als Anteil grenzüberschreitender Transaktionen am Bruttoinlandsprodukt.

14 Vgl. Divided We Stand, S. 28f.

land haben sich extrem unterschiedlich entwickelt. Im untersten Dezil sind deren jährliche Bruttoeinkünfte von 1984 bis 2004 um 39 % zurückgegangen, im obersten Dezil um 18 % gewachsen. Der starke Rückgang im untersten Dezil ist nicht alleine auf sinkende Löhne im Niedriglohnbereich zurückzuführen, auch zunehmende Teilzeitarbeit bei den Männern spielt eine wichtige Rolle. Leider lassen sich beide Effekte mit den vorhandenen Daten nicht trennen.

Auch eine sinkende Erwerbsquote der Männer, der Trend zu mehr Single- bzw. Alleinerziehendenhaushalten sowie ein Trend zu ähnlichen Einkommen in Paarbeziehungen verstärken die Ungleichheit der Bruttohaushaltseinkommen.²²

Eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen wirkt hingegen in allen untersuchten Ländern mäßigend auf die Einkommensunterschiede. Der Effekt der Frauenerwerbstätigkeit ist allerdings – bei Betrachtung der Haushaltseinkommen – nicht stark genug, um die zunehmende Einkommensdisparität bei den Männern auszugleichen. Ausgleichend wirkt Erwerbstätigkeit von Frauen vermutlich durch ein geringeres Armutsrisiko von alleinerziehenden Frauen, die berufstätig sind, bzw. bei Paarhaushalten durch die doppelte Erwerbstätigkeit, die bei Geringverdienern etwas häufiger auftritt als im obersten Einkommensdezil. Der sogenannte Haushaltsausgleich wird jedoch, aufgrund des Trends zu ähnlich hohen Einkommen in Paarbeziehungen, immer schwächer.²³

Einfluss der Einkünfte aus Vermögen

Werden über die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit hinaus auch noch Einkommen aus Vermögen mit berücksichtigt, steigt die Ungleichheit noch weiter an. Die Disparität der Kapitaleinkommen ist in zwei Dritteln der OECD-Länder stärker gestiegen als die Disparität der Erwerbseinkommen. Einkommen aus Vermögen konzentrieren sich großteils bei den einkommensstarken Haushalten. Da Kapitaleinkommen im OECD-Durchschnitt nur 7 % der gesamten Einkommen ausmachen, ist ihr Einfluss auf den Gini-Koeffizienten verhältnismäßig gering.

Wie setzen sich niedrige und hohe Haushaltseinkommen zusammen?

Die Haushaltseinkommen der unteren 25 % der Haushalte und die Einkommen der oberen 25 % der Haushalte unterscheiden sich nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Bedeutung ein-

zelner Einkunftsarten erheblich. *Schaubild 2* zeigt die Zusammensetzung der Einkommen in den einzelnen Ländern. Die Anteile der Einkunftsarten sind auf die verfügbaren Einkommen, also nach Steuern bezogen. Daher ergibt die Summe der Anteile einen Wert, der über 100 % hinausgeht.²⁴

In Dänemark, Belgien, Finnland, Irland, Australien und Schweden bestehen die verfügbaren Haushaltseinkommen des unteren Quintils zu über 60 % aus öffentlichen Transferzahlungen, in Chile und Südkorea machen diese weniger als 10 % aus. Deutschland liegt mit rund 50 % etwas über Frankreich (47 %) und dem OECD-Mittel von 45 %, aber hinter Großbritannien²⁵ (55 %). Spanien und Portugal unterstützen die geringverdienenden Haushalte mit vergleichsweise niedrigen 33 %.

Im OECD-Schnitt machen die Löhne mit 56 % den höchsten Anteil an den Einnahmen des unteren Quintils aus. Hier reicht die Spannweite zwischen den Ländern von 27 % in Australien bis 79 % in Chile. In Deutschland liegt der Lohnanteil mit 53 % unter dem OECD-Mittel.

Im oberen Quintil sind öffentliche Transfers relativ unbedeutend (8 % im OECD-Mittel). Kapitalvermögen spielen mit 9 % nur eine geringfügig wichtigere Rolle, interessanterweise auch gegenüber den Geringverdienern, bei denen Kapitalvermögen mit 6 % zum Einkommen beitragen. Rund 18 % der Einnahmen werden im OECD-Schnitt durch Selbstständigkeit erwirtschaftet, der Anteil liegt in Deutschland mit 26 % deutlich höher. Bezüglich der Konzentration der Einkünfte aus Selbstständigkeit ist Deutschland zusammen mit Kanada Mitte der 2000er-Jahre sogar Spitzenreiter unter 14 OECD-Staaten. Mitte der 1980er-Jahre lag Deutschland noch unter dem Mittelwert.²⁶ In Italien überwiegen die Einnahmen aus Selbstständigkeit (62 %) im oberen Quintil. Chile liegt mit 45 % auf Rang 2. Prägend für die Einkommen des oberen Quintils sind in allen Ländern außer Italien jedoch die Löhne. Deren Anteil am verfügbaren Einkommen liegt zwischen 58 % in Chile und 135 % in Dänemark. Im Durchschnitt der untersuchten 30 OECD-Staaten liegt der Anteil der Löhne am verfügbaren Einkommen bei 102 %.

Wie wirkt die Besteuerung der Einkommen?

Die Bedeutung der Besteuerung für die Einnahmen der Haushalte sowie deren Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit unterscheidet sich zwischen den Ländern deutlich. Im Schnitt ist die relative Steuerbelastung des oberen Quin-

15 Konzeptionell gesehen ist dieser Indikator dem technologischen Wandel vorgelagert, da Forschungs- und Entwicklungsausgaben erst künftig und auch nur unter bestimmten Bedingungen zu technologischem Wandel führen, der wiederum nicht auf das Ursprungsland der Forschungsausgaben isoliert bleiben wird. Dadurch ist der Indikator m. E. nur bedingt geeignet um das eigentliche Phänomen zu erfassen.

16 In Deutschland werden Mindestlöhne erst nach und nach eingeführt.

17 Vgl. *Divided We Stand*, S. 125.

18 Vgl. *Divided We Stand*, S. 31 und 41.

19 Es wurden nur 12 Länder mit verfügbaren Daten zu Bruttoeinkünften zur Berechnung des Mittelwertes herangezogen. Vgl. <http://dx.doi.org/10.1787/888932535261> (Stand: 10. Mai 2012).

20 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland*, S. 12ff. Im Bereich der Vollzeitbeschäftigten ist jedoch auch ein Ausbau des Niedriglohnbereichs zu beobachten, von 8,8 auf 9,3 % in nur 3 Jahren, von 2002 bis 2005.

21 Vgl. *Divided We Stand*, S. 207; zum Vergleich mit anderen Ländern siehe auch: <http://dx.doi.org/10.1787/888932537788> (Stand: 10. Mai 2012).

22 Vgl. *Divided We Stand*, S. 33 und 217.

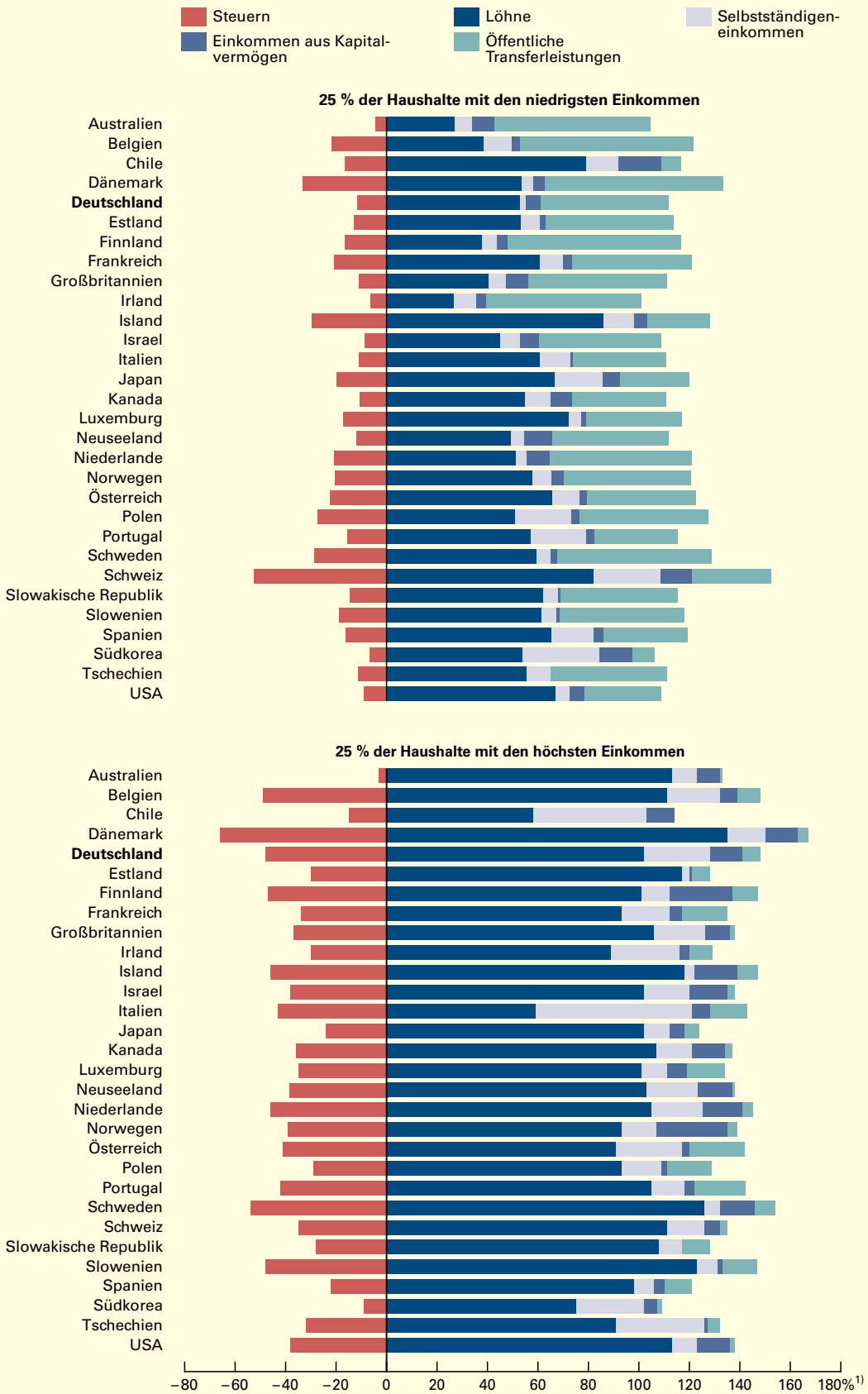
23 Vgl. <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/27423> (Stand: 10. Mai 2012).

24 Wird von der Summe der Anteile der Einkunftsarten der Steueranteil abgezogen, ergibt es 100 %.

25 Einschließlich Nordirland.

26 Vgl. <http://dx.doi.org/10.1787/888932536667> (Stand: 10.05.2012).

S2 Zusammensetzung der verfügbaren Haushaltseinkommen in den OECD-Ländern



27 Schwierig an internationalen Vergleichen ist, dass die Daten aus unterschiedlichen Quellen stammen und die Steuer- und Abgabensysteme ganz unterschiedlich gestaltet sind. Entsprechend ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse teilweise eingeschränkt. Dies gilt besonders für die Betrachtung der Einkunftsarten. Die Gini-Koeffizienten sind diesbezüglich nicht so anfällig.

28 Für die Schweiz weist die OECD bei den Geringverdienern eine Belastung durch Steuern von über 50 % aus. Auf Rückfrage wurde dies wie folgt begründet: „Data for Switzerland are provided by Federal statistical office (OFS) and based on Enquête sur le budget des ménages: EBM previously ERC where taxes account for around 50 % for Q1 vs around 35 % for Q5. Such higher values are also confirmed with new data source for 2008 (EU SILC). We suspect it is influenced by high tax shares of self-employed people who had (temporarily) little earnings.“ Eigene Berechnungen auf Basis der Haushaltsbudgeterhebung der Schweiz von 2008 bestätigen diesen Befund jedoch nicht. Diese ergeben – für nicht größenkorrigierte Haushaltseinkommen – eine Steuer- und Abgabenbelastung von 26 % für das untere Quintil und 28 % für das obere Quintil (berücksichtigt wurden Steuern, Kranken-, Rentenversicherungsbeiträge). Im nächsten Kapitel von Devided We Stand, S. 265, ist die Besteuerung der Haushalte mit geringen Einkommen – allerdings werden hier nur die mit einem Haushaltsvorstand im Erwerbsalter berücksichtigt – zwar auch hoch, bewegen sich aber auf dem Niveau von Island und Schweden und unter dem Dänemarks, vgl. <http://dx.doi.org/10.1787/888932536800> (Stand: 19. April 2012).

29 Vgl. Devided We Stand, S. 264, auch ablesbar in Online-Tabelle: <http://dx.doi.org/10.1787/888932537978>, Länderergebnisse: <http://dx.doi.org/10.1787/888932537997> (Stand: 19.04.2012).

30 Vgl. Fußnote 4.

tils doppelt so hoch (37 %) als die des unteren Quintils (18 %).²⁷ Die zweithöchste Abgabenbelastung bei Geringverdienern hat Dänemark (33 %)²⁸. Das obere Quintil hat in Dänemark eine Abgabenquote von 66 %. Dies ermöglicht die oben dargestellten hohen Sozialtransfers. Deutschland liegt bei den Steuern für die oberen Einkommen hinter Dänemark, Schweden und Belgien auf Platz 4, gemeinsam mit Slowenien. Aber auch die Niederlande, Finnland und Island haben eine fast gleich hohe Abgabenbelastung. Bei den niedrigen Einkommen liegt Deutschland mit knapp 12 % auf dem achtniedrigsten Rang. Die niedrigste Steuerbelastung für Geringverdiener hat Australien mit nur 4 %.

Über alle OECD-Länder zeigt sich, dass Steuern und Sozialleistungen zwar die Ungleichheit reduzieren, dass sie aber im Durchschnitt nur die Hälfte der zunehmenden Einkommensdisparitäten bei den Markteinkommen abfangen. Das heißt es gelingt mittels Besteuerung und öffentlichen Transfers nicht, das Ansteigen der Ungleichheit zu verhindern. Zum Ende des Untersuchungszeitraums zeichnet sich ab, dass die Wirksamkeit der Steuer und Sozialsysteme zur Reduktion der Ungleichheit abnimmt. In Deutschland war die Wirkung zwischen 1994 und 2004 relativ stabil.²⁹ Die Folgen der Agenda 2010 und der Steuerreformen seit 2005 bilden sich in diesen Ergebnissen noch nicht ab.

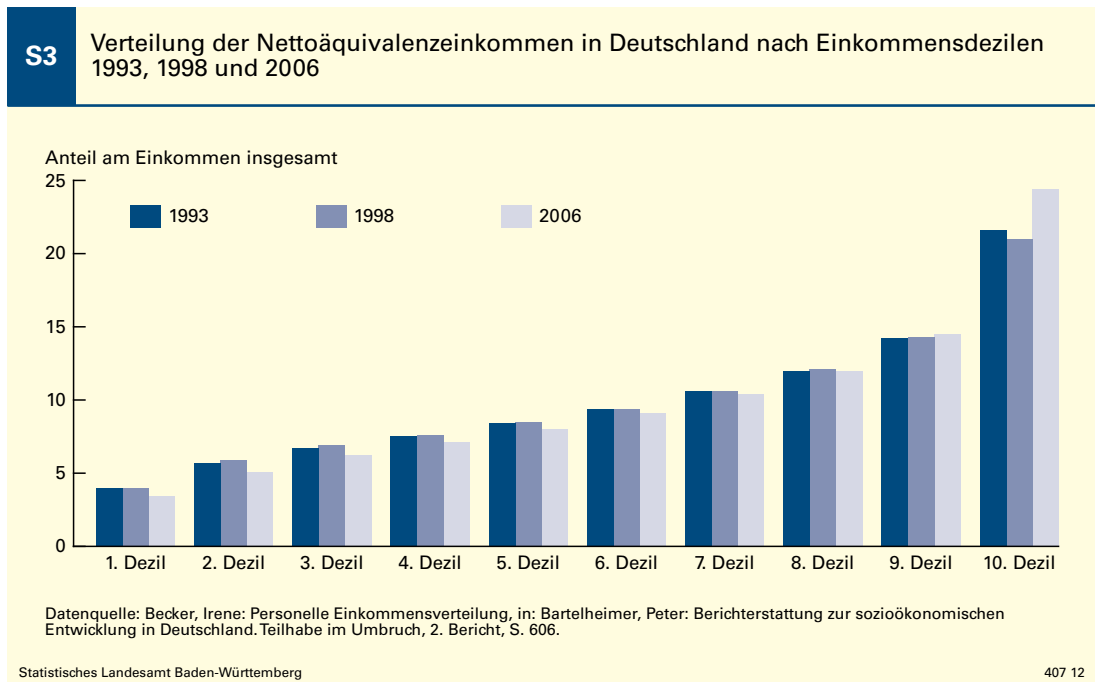
Ein genauerer Blick nach Deutschland

Eine internationale Studie kann interessante Zusammenhänge offenlegen, aber nie den nationalen Besonderheiten im Detail nachge-

hen. Dazu sind Studien mit nationalem Fokus notwendig. Die in „Teilhabe im Umbruch“³⁰ vorgenommenen jahresgenauen Analysen zeigen für Deutschland, dass die Zunahme der Ungleichheit in Zyklen verläuft. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ging der Gini-Koeffizient für Gesamtdeutschland zunächst leicht zurück, um nach dem Jahr 1998 erheblich anzusteigen (Gini-Koeffizient 1993: 0,26; 1998: 0,25; 2006: 0,30).

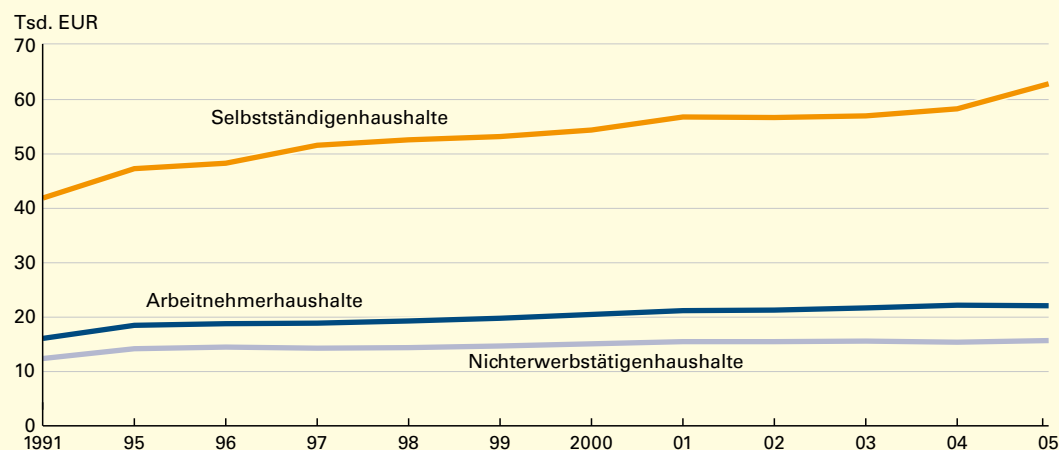
Interessant ist auch, dass die Einkommensanteile der Dezile seit 1998 nur im obersten Dezil erheblich gewachsen sind, von 21,0 % auf 24,4 % im Jahr 2006, dem letzten untersuchten Jahr. Das 9. Dezil konnte seine Einkommensanteile leicht ausbauen 14,3 % auf 14,5 %. Alle niedrigeren Einkommensbezieher haben relativ verloren, das unterste Dezil ist von einem Einkommensanteil von 4,0 % auf 3,4 % gefallen (Schaubild 3).³¹ Dies bestätigt die Ergebnisse aus dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht, wonach die Zunahme der Ungleichheit vor allem auf die Verschlechterung der Einnahmesituation der unteren Hälfte der Haushalte und einer Verbesserung der obersten 10 % der Haushalte beruht.³² Vor allem im obersten Dezil haben Einkommen aus Vermögen, die sehr viel schneller wachsen als die Bruttolöhne, einen erheblichen Anteil an den Einnahmen (16,6 %). Noch im 9. Dezil liegen die Einkommen aus Vermögen als Anteil am Bruttoeinkommen insgesamt, nur bei 7,7 %.³³

Weitere Analysen in dem Band „Teilhabe im Umbruch“ legen nahe, dass die vor allem seit den 1980er-Jahren beobachtbare zunehmende Ungleichheit zurückgeht auf ein immer weiteres



S4

Entwicklung der Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte in Deutschland nach Haupteinkommensart



Datenquelle: DESTATIS 2006 Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen 1991 bis 2005, S. 12.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

408 12

Auseinanderklaffen der Arbeitnehmer- bzw. Unternehmens- und Vermögenseinkommen. In der Frühzeit der Bundesrepublik hat die Entwicklung der Löhne mit den Produktivitätsfortschritten noch mitgehalten, bzw. in den 1970er-Jahren diese sogar übertroffen. Diese Entwicklung hat sich seit den 1980er-Jahren umgekehrt. Seither steigen die Unternehmensgewinne deutlich schneller und die Löhne langsamer als die Produktivität. Vor allem seit 2003 geht die Entwicklung verstärkt auseinander und entsprechend steigt die Ungleichheit.³⁴

Dieser Trend lässt sich auch mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung belegen (*Schaubild 4*). Die Nettoäquivalenzeinkommen von Haushalten, die diese überwiegend aus Selbstständigkeit beziehen, haben sich im Vergleich zu den Einkommen der Arbeitnehmer- bzw. Nichterwerbstätigenhaushalte seit 1991 sehr viel dynamischer entwickelt und waren im Jahr 2005 mit knapp 63 000 Euro fast drei Mal so hoch wie die Nettoäquivalenzeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte (22 000 Euro).

Welche Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit werden von der OECD empfohlen?

Zum Selbstverständnis der OECD gehört es nicht nur, methodisch anspruchsvolle internationale Studien zu erstellen, sondern daraus auch Handlungsempfehlungen abzuleiten. Basierend auf den vorgestellten Analysen empfiehlt die OECD zur Begrenzung der Ungleichheit:

- Investitionen in Bildung,
- Förderung der Erwerbstätigkeit und
- ein ausgewogenes System der Besteuerung und der Sozialtransfers.³⁵

Die zunehmende Nachfrage nach qualifizierten Beschäftigten ist nach OECD für einen Großteil der Zunahme der Lohn disparitäten verantwortlich. Bildung wird als der zentrale Faktor für die Ausübung einer qualifizierten Erwerbstätigkeit und der Erzielung guter Einkommen gesehen. Unzureichende Bildung versperrt vielfach den Zugang zum Arbeitsmarkt.³⁶

In Bezug auf die Gestaltung der Steuer und Sozialsysteme vermerken die Autoren, dass die Höhe der Transfers insbesondere für Arbeitslose relativ zu den Einkommen in den meisten Ländern rückläufig waren. Dies hat die Ungleichheit befördert. Entscheidender ist jedoch die Anzahl der Empfänger von Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit. Da die Höhe der Leistungen nicht beliebig angepasst werden kann, um Ungleichheit zu reduzieren, erscheinen Maßnahmen der Förderung von Arbeit und Einkommenssteigerungen bei den Geringverdienern die bessere Alternative zur Reduzierung des Anteils der Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen.

Es wurde international und in zeitlicher Perspektive eine stabile deutlich positivere Entwicklung sehr hoher Einkommen festgestellt, die für einen bedeutenden Teil der Zunahme der Einkommensdisparitäten verantwortlich

³¹ Vgl. Becker, Irene 2012: Personelle Einkommensverteilung, in: Bartelheimer, Peter: Bericht-erstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch, 2. Bericht, S. 606.

³² Lebenslagen in Deutschland, S. 19.

³³ Vgl. Becker, S. 615.

³⁴ Vgl. Busch, Ulrich/Land, Rainer 2012: Teilhabekapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung im Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009, in: Teilhabe im Umbruch, S. 124.

³⁵ Vgl. Devided We Stand, S. 41.

³⁶ Vgl. Devided We Stand, S. 31.

ist. Für Deutschland wurde deutlich, dass hier die Einkommen aus Selbstständigkeit an der Zunahme der Ungleichheit einen besonderen Anteil haben. Durch die Reduzierung der Spitzensteuersätze tragen die Steuersysteme zur Begrenzung der Ungleichheit immer weniger bei. Die OECD rät daher, stärker darauf zu achten, wo sehr einkommensstarke Haushalte besonders von sinkenden Steuern profitiert haben, und dies unter der Erfordernis der Haushaltskonsolidierung zu überdenken.³⁷

37 Vgl. Devided We Stand, S. 292f.

Im Statistischen Monatsheft 7/2012 wird die Situation in Baden-Württemberg auch kleinräumig analysiert. Dazu werden unter anderem Daten aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik ausgewertet. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Bernhard Payk, Telefon 0711/641-28 46,
Bernhard.Payk@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Konjunktur: leichte Abschwächung auf hohem Niveau

Die konjunkturelle Abschwächung, die im 4. Quartal 2011 im Land einsetzte, dürfte sich auch in der 1. Jahreshälfte 2012 fortsetzen. Gegenüber dem Vorjahr sind im 1. Quartal ein Wachstum von 1¼ %, im 2. Quartal von gut 1 % zu erwarten. Für das 2. Halbjahr zeigt der Konjunkturindikator eine neue Belebung an. Wenn die baden-württembergische Konjunktur in den ersten beiden Quartalen 2012 an Schwung verliert, ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Abschwächung auf hohem Niveau handelt. Immerhin wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Baden-Württemberg 2011 mit 4,4 % dynamischer als in allen anderen Bundesländern (der Bundesdurchschnitt lag bei 3,0 %) und damit am oberen Rand des vom Statistischen Landesamt seit Sommer 2011 prognostizierten Bereichs von rund 4 %.

Zu Jahresbeginn sind die Signale, die von den Einzelindikatoren ausgehen, eher uneinheitlich: inländische wie ausländische Auftragseingänge weisen – saison- und kalenderbereinigt – eine rückläufige Tendenz auf. Andererseits stieg der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes in den Wintermonaten Dezember bis Februar nicht nur im Jahresvergleich, sondern auch gegenüber der Vorperiode (wenngleich abgeschwächt). Positive Signale sendet auch der stets mit einer gewissen Verzögerung reagierende Arbeitsmarkt: die Zahl der ungeforderten offenen Stellen steigt und die Arbeitslosigkeit bewegt sich auf niedrigem Niveau.

Das Verarbeitende Gewerbe meldet im Jahresvergleich steigende Umsätze: Preis- und arbeitstäglich bereinigt übertrafen diese in den Wintermonaten Dezember bis Februar die letztjährigen Werte um rund 5 %. Noch in der Vorperiode lag das Umsatzwachstum mit etwa 4 %

leicht darunter. Allerdings ist diese steigende Dynamik zu einem Gutteil dem Jahresvergleich geschuldet. Zieht man die um saisonale, arbeitstäglich und irreguläre Einflüsse bereinigte Reihe (die sogenannte Trend-Konjunktur-Komponente) heran, ergeben sich für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt gegenüber der Vorperiode stagnierende Umsätze. Ein dem Verarbeitenden Gewerbe insgesamt entsprechendes Bild lässt sich auch für den Maschinenbau zeichnen, nicht jedoch für die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, da der Fahrzeugbau sich nach wie vor ungebrochen steigenden Inlandsumsätzen gegenüber sieht, was sich auch im Jahresvergleich mit + 9 % manifestiert. Der Fahrzeugbau ist es auch, der die Binnenkonjunktur der Investitionsgüterproduzenten in erster Linie trägt.

Die Vorleistungsgüterproduzenten erzielten in den Wintermonaten im Jahresvergleich ein Umsatzplus von knapp 3 %. Der Vergleich zur Vorperiode zeigt aber, dass die konjunkturellen Impulse auch hier nachlassen. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern (wie beispielsweise Produkte der Chemieindustrie oder der Metallherzeugung und -bearbeitung) ist dabei ein konjunktureller Frühindikator für die Umsatzentwicklung der gesamten Industrie. Nicht anders als bei den Vorleistungsgütern sieht das Muster bei den Inlandsumsätzen der Konsumgüterproduzenten aus. Seit gut einem halben Jahr weisen die inländischen Auftragseingänge niedrigere Wachstumsraten zum Vorjahr auf als die Inlandsumsätze, zudem sind beide Größen tendenziell rückläufig. Die aktuellen Zahlen zu den Auftragseingängen lassen erwarten, dass sich die Nachfrage weiter abschwächen wird. Im Durchschnitt der Monate Dezember bis Februar lag der Wert der inländischen Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr sogar mit 4 % im Minus, wobei dieser Wert die schwächere Konjunkturentwicklung eher überzeichnet. ■